

## Petition an den Bayerischen Landtag

Die Freien Wähler Lindau e.V. appellieren an den bayerischen Landtag, die Möglichkeit zur Erhebung wiederkehrender Beiträge für Straßen im Interesse der Bürger der Städte und Gemeinden durch eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG) zu schaffen.

Derzeit lässt das KAG in seinem Art.5 nur die Erhebung von sogenannten einmaligen Beiträgen zu. Die Stadt Lindau hat im Jahr 2012 eine entsprechende Straßenausbaubeitragsatzung beschlossen. Der Ausbau der ersten Straßen wird derzeit vorbereitet. In Lindau wurde in den letzten Jahrzehnten aus Geldmangel nur äußerst wenig in den Erhalt und den Ausbau der örtlichen Straßen investiert. Die Straßen befinden sich in entsprechend schlechtem Zustand.

Schon jetzt ist absehbar, dass es bereits bei den ersten Ausbauvorhaben zu teils großen Belastungen einzelner Grundstückseigentümer kommt. Der Widerstand in der Bevölkerung ist erheblich. Eine Bürgerinitiative wurde für das Ausbaugelände „Heuriedweg“ gegründet. Der Unfrieden in der Stadt wächst. Teilweise entsprechen die Maßnahmen auch gar nicht dem Interesse der Anlieger. Vor allem der Ausbau von Durchfahrtsstraßen in Wohngebieten hat für die meisten Anlieger eher negative Auswirkungen, denn er dient in erster Linie dem Durchgangsverkehr und erhöht das Verkehrsaufkommen vor der eigenen Haustüre. Der „besondere Vorteil“ der neu ausgebauten Straße, für den diese Anlieger dann ihren Anteil zahlen sollen, erschließt sich ihnen regelmäßig nicht.

Demgegenüber würden es „wiederkehrende Beiträge“ erleichtern, die Lasten gerechter zu verteilen. Denn es zahlen grundsätzlich mehr Bürgerinnen und Bürger ein, weil alle Grundstückseigentümer im Abrechnungsgebiet abgabepflichtig sind, nicht nur die Anlieger der jeweiligen Straße, die ausgebaut wird. Außerdem ist die jährliche Umlage für den einzelnen Beitragszahler weniger belastend, weil die Beiträge nicht für eine Ausbaumaßnahme auf einmal aufgebracht werden müssen. Darüber hinaus entfällt für viele Anlieger das Ärgernis, für Straßenausbauten bezahlen zu sollen, die sich doch gerade für sie selber eher negativ auswirken (s.o.)

Der wiederkehrende Straßenausbaubeitrag fördert Solidarität und Gemeinsinn. Die finanzielle Belastung des Einzelnen wird erträglicher, eine andernfalls oft notwendige Kreditaufnahme kann vermieden werden. Die Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen hat sich in der Praxis in anderen Bundesländern bewährt (z.B. in Rheinland Pfalz, in Sachsen Anhalt, in Thüringen und im Saarland) und wird in der Bevölkerung und bei den Betroffenen akzeptiert und anerkannt.

Wir fordern daher den bayerischen Landtag auf, das KAG so zu gestalten, dass Städte und Gemeinden auch in Bayern künftig die Möglichkeit haben, wiederkehrende Straßenausbaubeiträge einzuführen und zu erheben.

Achim Straub, 1. Vorsitzender Freie Wähler Lindau e.V.